

zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten
abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Verantwortlicher Redakteur Hans Wirths,
Druck und Verlag der Firma Schlimfischer Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6zeilige 3-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf. Die 91 mm breite Reflektierzeile 1.50 RM.
Anzeigen-Nachnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Summer 95

Limburg, Dienstag den 27. April 1920.

83. Jahrgang

Deutschland wird um ein Programm zur Vertragserfüllung ersucht.

San Remo, 24. April. (20. T. B.) Millerand und Lord George hatten am Samstag vormittag eine mehr als stündliche Besprechung, die ein sehr erfreuliches Ergebniss brachte. Ueber folgende Fragen scheinen die beiden Regierungen zu einer Einigung gelangt zu sein: Entwaffnung Deutschlands, Wiedergutmachungen und Schutzgemeinschaften der Allirten. Die Vereinbarungen sollen dem Obersten Rat mitgeteilt werden. Die Allirten sind entschlossen, von Deutschland so schnell als möglich die Aufstellung über die Summe zu verlangen, die dieselbe auf das Konto der Wiedergutmachungen zu leisten hat. Die deutsche Regierung wird ermächtigt werden, durch einen ihrer Vertreter, der später von den Allirten berufen werden wird, über diese Punkte ihre Meinung zu äußern. Diese direkten Besprechungen würden wahrscheinlich bald stattfinden.

Paris, 25. April. (W.F.) Das „Echo de Paris“ berichtet aus San Remo: Ministerpräsident Millerand empfahl als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre. Keine Jahreszahlung soll geringer als drei Milliarden sein.

San Remo, 26. April. (Wolff.) In einer amtlichen
Kommunikation über die Ergebnisse der Verhandlungen der
Konferenz vom Samstag und über die Unterredung zwischen
Lord George und Willebrand vom Samstag vormittag hei-
es: Die Unterredung drehte sich in der Hauptsache um fol-
gendes: „Die Konferenz von San Remo wird auf die beiden
wichtigen deutschen Noten über die Ermächtigung
zur Unterhaltung deutscher Truppen in der neutralen Zone
und über die Vermehrung des siebenden Heeres auf 200 000
Mann antworten. Aber bevor der Rat sich über die Fragen
der Heeresvermehrung schlüssig wird, wird er von der
deutschen Regierung einen Beweis des guten Willens
verlangen, daß sie befreit ist, die militärischen
Bedingungen des Vertrages bezüglich der Verabfolgung der
Verpflegung und der Waffenablieferung auszuführen. Wenn
durch eine gründliche Untersuchung die Notwendigkeit einer
Heeresvermehrung durchaus erwiesen wird, werden die Alliierten
sich entscheiden, in welcher Weise der deutschen Forderung
entsprochen ist. Ueber die von Deutschland zu erlangende
Gütergarantie wird in San Remo keine Differ festgesetzt
werden. Es scheint, daß sich der Oberste Rat auch nicht mit
der russischen Frage beschäftigen wird.

Amsterdam, 25. April. Wie das Austerliche Büro aus San Remo meldet, gab Lord George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechungen mit Miliand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werde, wonach Frankreich und England übereingekommen wären, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt werden sollen und daß der Gedanke einer Besetzung des rechten Rheinufers und des Ruhrgebiets durch Frankreich verworfen wird.

Berlin, 24. April. (W.T.S.) Am 20. 4 wurde durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation den interalliierten Mächten mitgeteilt, in welcher Weise und in welchen Zeitraiten die Zurückziehung der deutschen Truppen aus der neutralen Zone erfolgen solle. Diese Zurückziehung hat nunmehr stattgefunden. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften in der neutralen Zone beträgt nicht mehr als 17 700 Köpfe, überschreitet also nicht die Kapazität, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des Obersten Rates vom August 1919 für die neutrale Zone festgesetzt ist.

Amsterdam, 25. April. (BZ-Bl.) Laut „Allgemein Handelsblatt“ liegt bei den holländischen Stellen ein Bericht vor, der daraus schließen läßt, daß die alarmierenden Mitteilungen über das Verbot der Rohenlieferungen von Deutschland an Holland den Tatsachen entsprechen.

San Remo, 25. April. (eKulen.) Die Konferenz
beschloß, in den türkischen Friedensvertrag die Erklärung
von Falfours einzufügen, die bestimmt, daß Palästina eine na-
tionale Heimstätte für die Juden werden soll, die die gleichen
Rechte wie die Araber und die Juden in anderen Ländern
haben werden.

Amsterdam, 24. April. (BZB.) Wie der „Telegraaf“ aus San Remo meldet, beschloß der Oberste Rat, daß für die Turanellen, das Marmarameer und das Bosporus der Grundsatz der freien Schifffahrt angenommen werden würde. Dieser Grundsatz soll allein durch den Völkerverbund aufgeloben werden können. Drei Monate nach Ratifizierung des Friedensvertrages sollen die Festungen geschleift werden.

Paris, 24. April. (WZL.) Gestern hat zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und neutralen Staaten in Paris eine erste Konferenz auf Anregung der britischen Regierung stattgefunden, um die nötigen Anordnungen zur Gewährung eines Kredits an Polen, Oesterreich und einige andere Staaten Mitteleuropas zu treffen. Von den alliierten und neutralen Regierungen wurde ein Programm angenommen, das große Beträge zur Unterstützung und zum Wiederaufbau vorsieht. Es wurde außerdem beschlossen, in Paris ein Ratskomitee zu errichten, bei dem vorläufig zwölf Länder vertreten sein werden, die einen überwiegenden Teil der Kredite gewähren, jedoch finanziell an der Aufgabe der Wiederherstellung nicht teilnehmen werden. Aufwendend Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien, Kanada, Argentinien, Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen, und die Schweiz. Die italienische Regierung, die im Prinzip das Programm billigt, konnte wegen der großen Kluft zwischen der Festsetzung und des Eintreffens der Unterstützung der Konferenz keinen Delegierten mehr ernennen. Jedemfalls sind schon alle neutralen Länder mit Ausnahme Spaniens, wo die Frage noch einer offiziellen Prüfung unterliegt, sich darüber einig, sich den Alliierten anzuschließen, indem sie Lebensmittel und Rohstoffe liefern, die die betroffenen Ländern nötig haben. Hinsichtlich der Rente und der reichhaltigen Garantien ist ein Einvernehmen erzielt. Die Verhandlungen verlaufen in vollständiger Harmonie.

Berlin, 27. April. (M.D.) Der Untersuchungsaus-
schuß der Nationalversammlung, der die Vorgeschichte des Krie-
ges zu erhehlen hat, veröffentlicht eine 120 Seiten lange
Zusammenstellung der schriftlichen Auskünfte, die ihm auf eine
Anzahl Fragen von im Juli 1914 maßgebenden Männern
eingegangen sind. Die Angaben Bethmann Hollwegs über
die politische Haltung des Volschasters von Tschirsky und über
den angeblichen Potsdamer Kronrat geben im allgemeinen
einen Ausschnitt aus seinem Buch zum Weltkriege. Besonders
hervorhebt Bethmann Hollweg auf die Audienz des serbi-
schen Ministerpräsidenten beim Zaren am 2. Februar 1914.
Nach dieser Audienz wußte Tschirsky, daß Serbien nicht
ein bleiben würde, wenn es marschierte. Die Schlüsselwörter
des Zaren waren ein feierliches Versprechen: „Für Serbien
werden wir alles tun. Trüben Sie den König und sagen Sie
ihm: Für Serbien werden wir alles tun.“ Das war, so
berichtet Bethmann Hollweg, die Vorbereitung auf den Welt-
krieg, dessen die russischen Mächte haben zu bedürfen glaubten,
die Herren der Dardanellen zu werden. Dem Pazifismus
gegenüber erinnert der frühere Reichsminister an den spanischen
Krieg Amerikas, den Transvaalkrieg, den japanischen Krieg
in China, die Kolonialkriege Frankreichs und den Tripolis-
krieg Italiens und bemerkt: „Daß der Krieg gegen Serbien
betrachtet gezogen worden ist, mag vielleicht von den An-
hängern des Pazifismus verurteilt, nicht aber unter Ver-
meidung ihrer eigenen Geschichte von derjenigen Regierung
Frevel gebrandmarkt werden, deren Staatsmänner in
seinem Falle unterzeichnet haben. Lichnowsky bleibt dabei, daß
Tschirsky Kriegspolitik getrieben habe, während andere Ver-

schlichkeiten das Gegenteil auslagen. Die Austünfte über die politischen Vorgänge am 5. und 6. Juli, den sogenannten Potsdamer Kronrat, bringen nichts Neues. So berichtet der frühere Kriegsminister von Falkenhayn über eine Unterredung mit dem Kaiser, dessen Frage, ob das Meer für alle Hälle bereit sei, er bejahte. Auf des Kriegsministers Frage, ob noch irgendwelche Vorbereitungen zu treffen wären, habe der Kaiser nur kurz und abschend geantwortet. Eingehend sind die Aussagen darüber, ob vor Ueberreichung des Ultimatum finanzielle oder wirtschaftliche Vorbereitungen stattgefunden haben. Im Frühjahr 1914 war erörtert worden, daß bei einem Dreifrontenkrieg in Nachahmung der Politik Friedrichs des Großen Getreide- und Futtermittel gelagert werden müßten. Ueber das Ergebnis sagte Geheimrat Mendelsohn aus: Es geschah aber nichts. Mir ist nichts bekannt geworden, daß man dem ungeheuren Problem irgendwie ernstlich zu Leibe gegangen wäre.

Berlin, 24. April. (BZB.) Der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung für die Kriegszeit Abg. Dr. Quard legte den Vorsitz des Ausschusses nieder, weil sein Antrag, Bethmann Hollweg, Jagow und Zimmermann noch unangefochten nach Abschluß des Parlamentes mündlich über die Schuldfrage zu vernehmen, keine genügende Unterstützung fand. Die Vertreter der Deutsch-Nationalen, der Demokraten und des Zentrums waren gegen die Vernehmung vor der Wahl, weil eine Erhöhung des Wahlkampfes dadurch befürchtet wird. Die Abg. Quard, Frau Bohm-Schuch (Sop.) und Eichhorn (N. S.) waren dafür. Meersfeld (Sop.) enthielt sich der Abstimmung.

Marburg, 25. April. Die heute hier abgehaltene Vertreterversammlung der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Hessen-Rassau stellte folgende Kandidaten für die Reichstagswahl auf:

1. Walter Schüding, Marburg,
2. Landwirt Frießmann,
3. Reichsminister a. D. Hugo Preuß,
4. Dr. Anna Schulz, Frankfurt a. M.,
5. Pfarrer Philipp, Wiesbaden,
6. Oberleutnantsdirektor Dr. Friedrich, Rassel,
7. Handelskammerpräsident Dr. Trumpler, Frankfurt a. M.
8. Postsekretär Kaufhold, Hanau,
9. Vektor Widel, Oestrich,
10. Fräulein Rathe, Rassel,
11. Bürgermeister Kappel, Hadenburg,
12. Landtagsabgeordneter Dr. Aufmagen, Krollen,
13. Fräulein Grete Bahmann, Eschwege,
14. Angestelltensekretär Gehner, Frankfurt a. M.,
15. Frau Pfarrer Löw geb. Raumann, Simmersbach,
16. Landwirt Johannes Heinrich Rau, Weltershausen (Kreis Marburg),
17. Zirkulant Bräda, Friedrichsdorf,
18. Stadtorordnete Fräulein Alma Münch, Diez,
19. Oberingenieur Röh, Wiebich,
20. Arzt Dr. Albert Helff, Frankfurt a. M.

Beschlissen wurde, an den Parteivorstand in Berlin die Aufforderung zu richten, den Vornamensobermeister Rniess von Rassel auf die Reichsliste zu setzen.

Hierzu schreibt man uns: Die gestern in Warburg versammelten Vertreter der demokratischen Partei hatten die schwere Aufgabe zu lösen, die geeigneten Kandidaten für die Reichstagswahl in unserem Wahlkreis zu nominieren. Gewerbe und Handel, Beamtentum und Landwirthschaft und nicht zuletzt die Arbeiter, wollten Berücksichtigt werden und eine Partei, die in der Kandidatenfrage gerechten Anforderungen genügen will und das ernste Streben hierfür kann stets vorausgesetzt werden, hat es gewiß nicht leicht. Eine große Partei aber, wie die demokratische, darf sich nicht darauf beschränken, den vielseitigen Interessen der Wähler allein dienen zu wollen, denn über allem steht das Allgemeinwohl, der Staat, das Vaterland. Hier bedarf es der ganzen Männer wie Schilling und Preuß, die sich als Führer bewährt haben; der eine als Vater des Bürgerbundes, in dem die Hoffnungen unseres niedergebrühten Vaterlandes niedergelegt sind, der andere als Schöpfer einer Verfassung, die als eine Großthat des demokratischen Gewissens von allen Kulturvölkern anerkannt wird. Als dritter im Bunde, und zwar an zweiter Stelle, steht der, den hiesigen Wählern aus dem vorjährigen Wahlkampf noch bekannte Landwirt Trieschmann, in wohlverdientem, uneingeschränktem Vertrauen bei unseren Landwirten. Ihnen schließt sich eine Reihe glänzender Namen an, die nicht der Zufall, sondern monatelange, ernste Erwägungen auf die Kandidatenliste brachten. Mögen mit gleichem Ernste alle Demokraten, Frauen und Männer, in den bevorstehenden schweren Wahlkampf treten. Vor allem, fort mit allen kleinlichen Bedenken und Rankünen, die in die Kinderstube aber nicht in das große Getriebe eines so ersten und entscheidenden Wahlkampfes passen. Fort mit allem Ohrengesäusler und Gerede! Unser Kampf gilt der Reaktion, die das Glück unseres vordem so großen Vaterlandes in Scharben schlug. Frauen und Männer gelobet schon heute, die Weihen der Demokraten kündenlos schließen zu wollen, zum Schutz und Erben unseres lieben Vaterlandes.

Berlin, 2. April. Das Wohlfahrtsministerium hat die Berliner Kergelammer aufgefordert, wie der Volksanleger berichtet, sich dahin zu äuern, ob schon vom 15. Mai dieses Jahres ab bis auf weiteres alle Säge der preussischen Kergelammerordnung für Kergel und Kergelzähne um 150 Prozent zu erhöhen seien. Die Kergelammer erwiderte darauf, eine Erhöhung um 500 Prozent sei als das Mindestmaß der preussischen Forderungen anzusehen.

Die Versicherungspflicht

Berlin, 24. April. (W.T.B.) Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für die Aufhebung der Krankenversicherungspflicht ausgesprochen hat, in der Befassung mit einer Begrenzung des Grundlohnes abgelehnt und die Versicherungspflicht bis auf ein Einkommen von 20 000 Mark hinausgeschoben wurde, hat die Regierung alsbald dem Reichsrat eine neue Verordnung vorgelegt, in der die Gehaltsgrenze von 12 000 Mark wieder eingeführt und die Begrenzung für den Grundlohn auf 24.— Mark bis 30.— Mark festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. Mai festgesetzt, während die neue Begrenzung des Grundlohns vom 27. April ab Geltung haben soll. Der Reichsrat hat die Regierungsvorlage angenommen.

Die Schlussigung der Kirchenynode.

Berlin, 24. April. (W.T.B.) Den Abendblättern zufolge beschloß die Generalynode der evangelischen Kirche Preußens in ihrer Schlussigung eine Dankesfundgebung an das Haus Hohenzollern, besonders an den Kaiser als den letzten Träger des Kirchenregiments in Preußen. Ferner wurde eine Erklärung beschlossen über die Bildung einer staatsfreien Volkskirche, die sich außerhalb des Parteilebens zu halten habe.

Aufhebung der Adelsvorrechte.

Berlin, 24. April. Den Abendblättern zufolge wurde in der gestrigen Sitzung des Preussischen Staatsministeriums der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen angenommen. Danach werden die auf dem öffentlichen Recht Preußens beruhenden Vorrechte des bisherigen Adelsstandes einschließlich der Vorrechte in Artikel 57 und 58 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch der genannten Familien sowie der herzoglich holsteinischen Fürstenhäuser und der Mitglieder dieser Familie aufgehoben.

Die Lage in Pommern.

Berlin, 24. April. (W.T.B.) Aus dem Reichswehrministerium wird dem Wolffbüro zur Lage in Pommern geschrieben: Das Reichswehrministerium hat am 20. April einen Bericht über die tatsächlichen Verhältnisse in Pommern durch die P. P. N. verbreitet, nachdem die vom Reichswehrministerium entsandten Untersuchungsbeamten eingehende Meldung über die dortige Lage gemacht hatten. Es erschienen daraufhin in Nr. 185 der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 21. April Berichte einer deutschen Nachrichten-Agentur beziehungsweise des Sonderberichterstatters der Deutschen Allgemeinen Zeitung, in denen die militärischen Verhältnisse als unzuverlässig bezeichnet und besonders über die Verhältnisse auf Daenholm bei Stralsund erneut Angaben gemacht wurden, aus denen geschlossen werden mußte, daß Pommern, insbesondere Daenholm nach wie vor das Waffenlager und ein Sammelplatz reaktionärer Truppen und Freischaren sei. U. a. war gesagt, nach der Abreise der Untersuchungskommission seien auf ein geheimes Zeichen hin die auf die Provinz vertriebenen Truppen wieder auf Daenholm zurückgeführt. Seit dem 20. April seien namentlich wieder 3000 bewaffnete und stoff organisierte Leute auf Daenholm. Die gleiche Meldung wurde auch durch den Landrat von Franzburg an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung gegeben. Demgegenüber ist festzustellen, daß in der Besprechung am 21. April mit dem Oberpräsidenten von Pommern und vier Regierungsvertretern vom Regierungspräsidenten von Stralsund berichtet wurde, auf Daenholm befänden sich keine Truppen außer solchen der Stralsunder Garnison. Diese Garnison besteht aus der 10. Kompanie des Reichswehrgeschützregiments in Stärke von rund 150 Mann, einem Depot des 5. Bataillons des Reichswehrgeschützregiments Nr. 4 von überzähligen Unteroffizieren und Mannschaften in Stärke von rund 120 Mann und dem Panzerzug Nr. 30. Sonst sind keinerlei Truppen, besonders nicht Bataillone, auf Daenholm. Einleitungen haben dort nicht stattgefunden. Dem Regierungspräsidenten wurde nicht der Zutritt auf die Insel verweigert. In Stralsund befindet sich, soweit dem Garnisonkommando bekannt, nur ein ehemaliger Bataillonsoffizier. Es fehlen seit einiger Zeit entlassene Bataillonssoldaten in Trupps von fünf bis sechs Mann nach Pommern zurück und finden auf den Gütern Unterkunft und Arbeit. Ueber diesen Zustand von wahren ist eine scharfe Kontrolle des Oberpräsidenten beabsichtigt. Wie hoch die Zahl dieser Entlassenen ist — sie wird von den Zivilbehörden auf 3—4000 Mann geschätzt — entzieht sich der Kenntnis des Wehrtreuekommandos in Stettin, das als Kommandostelle der Reichswehr zu Maßnahmen gegen aus dem

Heeresdienst ausgeschiedene Personen nicht befugt ist. Die Angaben des Reichswehrministeriums waren Gegenstand einer Besprechung im Reichskabinett.

Reibereien im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet.

Wien, 24. April. (W.T.B.) Die Blätter melden aus Teichen: Im oberösterreichischen Abstimmungsgebiet verlangten die Beamten und Arbeiter wegen des von der Interalliierten Plebiszitkommission verhängten Notenumsatzes eine Erhöhung der Bezüge um 150 Prozent. Sie traten, da die Forderung nicht erfüllt wurde, in den Generalstreik. Nach einer weiteren Meldung entzweitete die polnische Arbeiterschaft in Trziny eine französische Patrouille und eine Abteilung der Teichener Bürgerwehr, welche die Waffenablieferung der polnischen Arbeiterschaft durchzuführen sollte. Die Arbeiter zogen dann nach Teichen weiter, wo es zu Zusammenstößen mit der Bürgerwehr kam. Die Bürgerwehr eröffnete das Feuer, eine Person wurde getötet und sechs verwundet. Unter den Verwundeten befindet sich auch der französische Major Fremond. Die polnische Gendarmerie stellte die Ruhe wieder her.

Die „Oldenburg“ und „Bosen“ ausgeliefert.

London, 25. April. (W.T.B.) Reuter. Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe „Oldenburg“ und „Bosen“, die als Ersatz für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ausgeliefert wurden, sind am 24. April im Firth of Forth eingetroffen.

Der neueste Streit — ein Bierstreit.

Krauschwitz, 24. April. (W.T.B.) Eine allgemeine Wirtzerversammlung beschloß gestern angesichts der am 26. April eintretenden 100prozentigen Bierpreiserhöhung den Bierstreik. Die Wirte wollen ab Montag weder Bier beziehen noch auskanten.

Rußland kauft landwirtschaftliche Maschinen.

Der Lokalanzeiger meldet zur Frage der schwedisch-russischen Handelsbeziehungen, daß in Stockholm bereits fünf Millionen Kronen russischen Barrengoldes angekommen sind, um als Anzahlung auf große Bestellungen in landwirtschaftlichen Maschinen zu dienen.

Die Polen gegen „deutschen Terror“.

Beuthen, 25. April. (W.T.B.) In oberösterreichischen Städten haben die Polen heute trotz des Verbots von Kundgebungen Versammlungen zum Einpruch gegen den angeblichen deutschen Terror veranstaltet und u. a. Entfernung der Sicherheitswehr und Ausweisung der deutschen Agenten und der Führer der deutschen Bewegung verlangt. Die Veranstalter dieser Kundgebungen sollen von der Plebiszitkommission zur Rechenschaft gezogen werden. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet worden.

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Reh, 24. April. (W.T.B.) Die Streiklage ist unverändert. Die Reisenden treffen in Automobilen ein. Zwischen Reh und Saarbrücken ist ein regelmäßiger Automobildienst eingerichtet worden. Der Reher Expresszug nach Paris ist am Freitag abends 8 Uhr 20 Minuten abgefahren. Die Post arbeitet mit vermindertem Personal. Der Telegraphen- und Telefonverkehr ist normal.

Caillaux auf freiem Fuß.

Paris, 25. April. (W.T.B.) Zum Urteil gegen Caillaux ist vorläufig nachgetragen, daß nach dem Spruch des Gerichtshofes die Gefängnisstrafe durch die Untersuchungs-kast als verbüßt erachtet wird. Caillaux wird sich daher von nun an auf freiem Fuß befinden. Er war bei der Urteilsverlesung nicht zugegen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg den 27. April 1920.

2. Dienstjubiläum. Am 15. Mai d. J. kann Herr Stadtschreiber und Bürovorsteher Roth auf eine 25-jährige Dienstzeit als Beamter der Stadt Limburg zurückblicken. Herr Roth erfreut sich im Kreise der Bürgerschaft und seiner Kollegen größter Beliebtheit und Wertschätzung, wofür der schönste Beweis vielleicht darin besteht, daß Herr Roth als Mitglied der freien Bürgerliste in das Stadtparlament einzog und ihm dort das Amt des Schriftführers übertragen worden ist. Die städtischen Beamten und Angestellten werden den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne ihrem

lieben Amtsgenossen ihre Glückwünsche darzubringen. Auch im Vereinsleben hat Herr Roth eine angesehene Stellung inne.

(—) 40 Jahre im Staatsbahndienst. Der Borschlötter Herr Jakob Wüst von hier, einer der ältesten Stammarbeiter der Eisenbahn Hauptwerkstätte Limburg, endete am 24. d. Mts. eine 40jährige Dienstzeit bei der Staatsbahn. Für die bewiesene Pflichttreue wurde ihm ehrende Anerkennung und Belohnung zuteil.

Der grauenhafte Verdacht einer Untat. In unseren Schatzberganlagen hat in den letzten Tagen und Stunden eine solche Verdrückung erfahren, daß heute bereits mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann, daß ein Raubmord dem verschwundenen Schatzkämmerer Röllin das Leben gekostet hat. Gleichzeitig kann mitgeteilt werden, daß einer der mutmaßlichen Täter heute bereits hinter Schloß und Riegel sitzt, nachdem sich vorgestern in der Schlinge der polizeilichen Fährndung immer enger und enger um seine Fäße gezogen hatten. Ueber die Geschichte der Tat sei mitgeteilt, daß der in Limburg in Ranton Schwegel geborene Stallschweiger Röllin seit längerer Zeit bei Herrn Landwirt Horn in der Nähe von Limburg arbeitete. Er ist 27 Jahre alt, von Körper kräftig, von Charakter ruhig und arbeitssam. Es ist anzunehmen, daß die Verbindung mit dem Raubmord durch ihn zustande gekommen ist. Röllin hat in seinem Zimmer aufbewahrt. Röllin traf sich öfter abends mit seinen Freunden und Landsleuten in der Wirtschaft Krahmann zum Kartenspiel. Auch am Samstagabend war er dort erwartet worden, kam aber nicht, weil er angeblich ein Geschäft zu erledigen hatte, wie dem Schweizer des Blumenröders Hofes mitgeteilt wurde. Am anderen Morgen wurde er vermißt und mit seiner Gefährtin habe und — auffälligerweise der Bettwäsche. Am Samstag fand die Familie Horn bei nochmaligem Durchsuchen des Zimmers die Summe von 1500 Mark in bar und ein Sparbuchs von 1774 Mark. (Wir hatten gestern auf Wunsch der Polizei von dieser Tatsache keine Mitteilung gemacht. Damit war klar, daß Röllin nicht freiwillig seine Dienststelle verlassen haben konnte. Die Nachforschungen nach ihm waren zwar weiter vergeblich. Eine Abfindung der Bahn brachte kein Ergebnis. Ebenso konnte die Blutprobe, weil das Unterwuchsbüro bisher nicht aufzutreiben war, noch nicht begutachtet werden, so daß eine Aufklärung dieser Seite erst in einigen Tagen zu erwarten ist. — Die Tat kommt mindestens zwei Täter in Betracht. Wahrscheinlich ist die Sache so angelegt worden, daß Röllin unter Vorwand eines Geschäfts in die Anlagen gelockt worden ist, dort ermordet wurde und daß dann die Täter mit einem Schlüssel sein Zimmer aufsuchten, ihre Beute zusammenlegten und die Bettwäsche mitnahmen, um den Toten darin zu bahn zu schließen. — Die Fährndung nach dem Täter ist nun soweit erfolgreich, daß zwei Verhaftungen vorgenommen werden konnten, von denen die eine wahrscheinlich einem der Mörder getroffen hat. Bei seiner Vernehmung hat er bereits in sehr bedenklichen Widerspruch zu nachweisbaren Tatsachen gesetzt. Seine Verhaftung erfolgte im Dezember. Der andere, in Gießen Verhaftete, ist heute morgen hier getroffen. Seine Mithäterschaft ist weniger wahrscheinlich, da Verhaftung bleibt jedoch schon darum aufrecht erhalten, weil Dubsch (eine im Schuh verdeckte Uhr) bei ihm aufgefunden wurde. — Die Arbeiten der Polizei und der Staatsanwaltschaft laufen weiter. Die bis jetzt erreichten Erfolge der Untersuchungen lassen die Hoffnung zu, daß in ganz kurzer Zeit auch die letzten Schleier von dem Geheimnis gehoben werden.

3. Zu den Elternbeiträgen. Die Einrichtung der Elternbeiträge an den Schulen hat den Weg zu den längst vermischten dauernden Fährndungen zwischen Schule und Elternhaus gebahnt und wird von den meisten Eltern und Berufspädagogen als eine heilsamste und wirksamste Maßnahme in unserer modernen Erziehungslehre gewürdigt. Man braucht sich nur an seine eigene Schulzeit zu erinnern, um zu wissen, wieviel anders und besser hätte eingerichtet sein können, um wieviel besser — und manchmal auch erfolgreicher — der eigene Schulgang hätte sein können, wenn der Kontakt zwischen Elternhaus und Schule bereits bestanden hätte, der jetzt in den Elternbeiträgen geschaffen ist. Freilich muß vorausgesetzt werden, daß Elternrat so zusammengeführt ist, daß ein wirklich reger Austausch mit der Schule stattfindet und eine einseitige Stellungnahme zu den Erziehungsfragen ausgeschlossen ist.

Im Hexenring.

Roman von A. Schoebel.

(Nachdruck verboten).

Wohl hatte sich die Mutter über den Schiffstand gebogen, — spähend. Dann war sie betroffen zurückgefahren. Tara, die hoch geballten Hände hatte sie wie durch ein Spruchrohr ihren Mann angestarrt mit aller Kraft ihrer Stimme: „Willen! En Bootshafen! Rast! Willen!“

Der Schiffer schlurste herbei, die metallbeschlagene Stange hinter sich dreinziehend. „Na. Gibt wohl wieder 'ne halb-versäufte Rast zu retten? Oder son Uch an Bord zu ziehen, 'ne Baden oder Lappen, den uns die Landratten drüben hingeschmissen haben?“ Er warf den Bootshafen aus, ein- und aus.

Neht, sagte und griff der eiserne Finger und zog etwa nahe zum Rast heran, was einer großen Blume gleich von der Flut geschaukelt worden war.

Der Knabe hatte sich auf die Zehen erhoben. Er preßte die Zähne zusammen, daß ihm das Blut ins Gesicht stieg. Sein Herz hing an zu klopfen, als der Vater sich nach hinten bückte, immer tiefer, — und hob mit beiden Händen, etwas aus dem Wasser, etwas in weiche Tücher gewickelt.

Aus den Tüchern stieß es wie Tränenbäche, funkelte im Mondlicht, tropfte und rann.

„Das ist kein Wasser!“ Und kein Rast auch nicht —

„Das ist wie ein Brummen von den bärtigen Lippen des Schiffers.“

Die Mutter stieß einen unterdrückten Schrei aus: „Ein klein Kind ist es —“ Sie griff nach dem triefenden Tücherballen. Sie beugte sich darüber. „Weiß und fein. Aber es ist schon tot.“ Sie richtete sich auf. „Na, Klaus, und mach' Licht in die Küche und Stub!“

Sie schlug ihre Schürze über das triefende Palet in ihren Armen.

Der Junge stampfte mit dem Fuße auf. „Es soll nicht tot sein. Es ist aus einem anderen Lande gekommen. Mach's lebendig, Mutter, Mutter!“

Alle drei hasteten hinüber zur Kajüte, drängten sich die schmale Treppe hinab. Der Frau zitterten die Knie. Sie

riß die nassen Tücher von dem starren Körperchen hinunter, die Tücher, die sich vorhin weiß und jetzt wie Blumenblätter über die schwärzliche Flut gebreitet hatten.

Die kleinen Gliedmaßen des Findlings wurden mit wollenen Lappen gerieben, das Köpfchen abwärts hängend gehalten, so daß das verschluckte Wasser durch Mund und Nase herausrieseln konnte. Der Schiffer bewegte mit lundiger Hand die jarten Arme auf und nieder, um eine künstliche Atmung einzuleiten, er zupfte die winzig, bläuliche Junge zwischen den blaffen Lippen hervor; hatte er doch schon so manchen der Flut Entziffen die erste Hilfe angedeihen lassen. „Lang' kanns noch nicht im Wasser getrieben haben,“ murrte er.

Klaus aber, der wilde Klaus, stand daneben, am ganzen Leibe zitternd vor Aufregung. Er hauchte seinen Atem über das leblose Gesichtchen hin, bis er dunkelrot war und ihm die Augen aus dem Gesicht quollen. Nun hob er die Hände, gestallt wie zum Gebet: „Es soll nicht tot sein, Mutter. Es soll nicht, Mutter!“

Die Schiffsfrau hielt mit dem Reiben und Kneten inne, erschöpft, von der Anstrengung, und blähte auf das entseelte kleine Wesen nieder. Unterm Lampenschirm glänzte der zarte Körper, das schmale Gesichtchen. Wüßig stand der Mund darin, — aber die Augen, die mochten groß gewesen sein. In dunkelbläulichem Rund zeichneten sie sich unter den zugekrümmten Lidern ab.

„Es ist tot,“ sagte traurig die Frau. „Hätt' ein süß Mädchen draus werden können.“

Der Schiffer zuckte die Achseln und warf sich so hart auf die Weltflut in der Kajüte, daß das morsche Holz in allen Fugen krachte. „Wer weiß, was nu gut ist,“ murmelte er. „Habe ein paar mal böse Not gehabt, mit so Heretleien.“ Sie wollten durchaus ins Wasser zurück. Und der eine gar — der eine —

Klaus schrie plötzlich auf. Er hatte nach dem wollenen Lappen gegriffen und angefangen, behutsam zu reiben. Plötzlich bückte er sich und küßte die zarten Schultern, die kalten, starren Arme. Er schloß die Augen — da gab's ihm einen Ruck — er fuhr auf —. Im rechten Handgelenk des kleinen Mädchens hatte er ein Juden verspürt. — ganz leise, ganz matt, kaum merklich. „Es ist nicht

tot, Mutter. Es lebt. Es will dir sein Händchen geben. Mutter. Es sagt guten Tag.“ Und wie toll vor Freude war er in der engen Kajütenstube umhergesprungen, auf einem Fuß, während die Eltern ihr Liebeswort losließen mit frischem Mut, voller Begier, ob es gelingen werde.

Und wirklich! Die Liebe der kleinen Findlings neten sich zu einem schmalen Spalt, — die winzige Fährndung an sich zu regen, — ein gurgelnder Laut drang aus der Kehle.

Klaus rannte aus der Tür wie ein Wilder und jagte gleich zurück, sein liebtes Besitzum herbeibringend, ein Handtuch. „Es wird Hunger haben, Mutter. Wir wollen füttern.“

Der Vater zupfte ihn an den Ohren. „Schau's! Was Leckeres für so ein Ertranten!“

„Wah! Was wärmen für den kleinen Wurm.“ Und tappisch mit dem Tücherballen klappernd, entledigte sich der Vater des Gefährts, während die Frau das Rindchen in weiche Decken und ein Federkissen einbündelte.

Behutsam wurde dem kleinen Wesen schließend die winzige Flügelfalt eingefaltet. Es schluckte begierig, regte ein paar mal — versuchte die Augen aufzuschlagen — dann schloß es ein.

Klaus hielt Wacht bei ihm; die halbe Nacht. Er wachte nicht zu bewegen, sich neben den Eltern zur Ruhe zu legen. Immer wieder bückte er sich über das kleine Gesicht, das die an drei Ketten schaukelnde Schiffsfrau matt beschien, oder er tippte mit dem Finger auf die winzigen Stirn, aus der jetzt klare Perlen anfangen auszutreten. Seine Wille liebte das Rindchen, das seine Rettung verdankte. Unendlich wichtig kam es ihm vor. — und zum ersten Mal in seinem Leben. er etwas wie ein Gefühl von Verantwortung.

„Es wird lebendig werden —“ murmelte er von Zeit vor sich hin.

Plötzlich riefen die kleinen Arme in die Luft.

Kopf drehte sich auf dem Polster, heiß kam der Atem.

Klaus hatte den Kopf zurückgeworfen. „Ich werd' es

„'s will was! 's hat rote Baden geträgt. Und hat's gepufter wie so'ne süße, junge Rast.“

(Fortsetzung folgt)

zu den Elternbeitragswahlen am Limburger Gymnasium ist vor einiger Zeit bereits von der Zentrumsparlei eine Liste aufgestellt worden. Gerade die ausgesprochen einseitige Weltanschauung, wie sie in der Zentrumsparlei gepflegt wird, wird aber viele Eltern nicht befriedigen, und so haben denn in einer öffentlichen Versammlung, die vor einigen Wochen stattfand, Eltern, die sich in Schulfragen keiner Parteischablone unterwerfen wollten, eine Kommission beauftragt, eine Elternliste nach freieren Gesichtspunkten aufzustellen. Die Kommission hat ihre Vorarbeit beendet, und lädt alle Eltern von Gymnasialschülern zu einer Versammlung am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr, in das evangelische Gemeindehaus ein, wo die Liste präsentiert werden wird. Die Evangelische, Katholiken und Juden, Geistes- und Handarbeiter jeden Standes, Männer und Frauen, Einzelne und Auswärtige (die wegen ihrer besonderen Lage ein sehr wichtiges Wort im Elternbeirat mitzureden haben) werden sehr herzlich eingeladen. Die Liste und die Vorbereitungen zur Wahl werden die Eltern sich am Donnerstag gründlich ansprechen können.

Die Abstimmung in Oberschlesien, dem wichtigsten aller Abstimmungsgebiete, findet im Juli d. Js. statt. Der Tag steht noch nicht fest. Im Interesse des deutschen Vaterlandes ist es dringend erforderlich, daß alle Kräfte angespannt werden, damit Oberschlesien nicht unter polnische Herrschaft kommt. Es haben sich deshalb über ganz Deutschland Verbände heimatsreuer Oberschlesier gebildet mit der Aufgabe, sämtliche Abstimmungsberechtigten zu erfassen und die für die Einreise und die Abstimmung erforderlichen Urkunden zu beschaffen. Der Landesverband heimatsreuer Oberschlesier in Rastatt hat in Limburg eine Ortsgruppe errichtet und die Leitung derselben dem Herrn Jagiellakowicz übertragen. Der Bezirksgruppe Limburg sind die Kreise Limburg, Oberwesterwald, Westerwald, Westerburg, Oberlahn, Unterlahn und St. Goarshausen unterstellt. In Limburg wurde bereits eine Ortsgruppe gegründet. Alle im Kreise Limburg wohnhaften Oberschlesier, welche in der Lage sind, an der Abstimmung teilzunehmen, werden ersucht, sich an Herrn Jagiellakowicz zu wenden, welcher über alle die Abstimmung betreffenden Fragen Auskunft erteilt. An alle, die ein Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland haben, namentlich an die Kreise der Industrie und des Handels ergeht die Bitte, die Ortsgruppe finanziell zu unterstützen, damit auch die unermittelten Abstimmungsberechtigten, die durch Wegfall des Arbeitslohns und dergl. große Opfer bringen müssen, an der Abstimmung teilnehmen können.

Belämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auf Anregung des National-Museums in Dresden und der Deutschen Gesellschaft zur Belämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin, welche dafür ihre Lichtbilder, die Wanderausstellung und moderne Filme zur Verfügung stellen, wird Herr Kreisarzt Med.-Rat Dr. Tenbaum in der ersten Hälfte des Mai zunächst Lichtbildervorträge über das Thema: „Was muß jeder Erwachsene heute von den Geschlechtskrankheiten wissen?“ halten und zwar vorerst in Limburg, Hadamar und Gernsbach, evtl. auch in El. Teln und Dautern. Die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg hat es in dankenswerter Weise übernommen, die Vorbereitungen zu treffen und die notwendigen hohen Kosten vorläufig zu übernehmen. Es wird daher ein mäßiges Eintrittsgeld zur Bedeckung der Kosten erhoben. Ein Ueberschuß wird zur kostenlosen ärztlichen Behandlung und zur Beratung unermittelter Kranker verwandt. Es wäre zu wünschen, daß diese zeitgemäßen Vorträge, welche für die Angehörigen aller Gesellschaftsklassen von Interesse sind und die gebührende Achtung und Herrschaft abgehalten werden sollen, von jedem Erwachsenen vom 18. Jahre ab besucht würden. Näheres bittet man aus dem Inseratenteil der nächsten Tage zu erfahren.

Der Mieter-Schutzverein E. B. teilt uns mit: Am Freitag, den 23. d. Mts. fand die erste Jahresversammlung des hiesigen Mieter-Schutzvereins statt. Der Geschäftsführer des Vorstehenden gab ein erschöpfendes Bild von den vielseitigen Arbeiten des Vorstandes. Die Kassenverhältnisse sind recht geordnet. Der Gesamtertrag wurde einstimmig wiedergegeben. Das Hauptinteresse der Versammlung erweckte naturgemäß der Vortrag des 2. Vorstehenden, Herrn Gerichtsdirektor Müller. Der Redner führte ungefähr aus: Wohl kein Gesetz oder irgendeine Anordnung habe einen solchen Kampf der Meinungen ausgelöst, als die Verordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1910 über die Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen. Die Vermieter suchen diese Verordnung auf alle mögliche Art und Weise zu Fall zu bringen. Der Mieter sucht sie zu halten und zu sichern, da er ja bei Nicht-Einhaltung dieser Verordnung den Schaden am eigenen Geldbeutel verliert. Die Verordnung erstreckt sich zunächst nur auf Bauten, die vor dem 1. Januar 1917 fertiggestellt waren, für später erteilte kommt sie in Wegfall. In Ausführung dieser Anordnung hat der Magistrat nach Anhörung eines von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Ausschusses die Höchstgrenze auf 20 Prozent festgesetzt. Der Mietzins vom 1. Juli 1914 zuzüglich 20 Prozent hat also vom 1. April d. Js. ab als Höchstzins zu gelten, auch wenn in einem Streitfall vom Einigungsamt eine andere Regelung des Mietzinses erfolgt sein sollte. Aufgabe für jeden Mieter ist es nun, festzustellen, was seine Wohnung am 1. Juli gekostet hat. Der Vermieter ist verpflichtet, dem Mieter wahlrechtsgemäß Auskunft hierüber zu geben. Ueberschreitet der Mietzins diese Höchstgrenze, so kann das zuviel gezahlte nach Maßgabe der Vorschriften des B. G. B. über ungerechtfertigte Bereicherung zurückgefordert werden. Als Mietzins gilt auch jede geldwerte Leistung des Mieters an den Vermieter, insbesondere die Uebernahme derjenigen Reparaturen, die der Vermieter nach § 536 des B. G. B. zu tragen hat. Wenn die sogenannten Nebenleistungen, wie Wassergeld, Kalkabfuhr, Schornsteinfeger usw. am 1. Juli 1914 im Mietzins mit enthalten waren, so bleibt es auch heute dabei. Das Bestehen der Hausbesitzer und deren Organisationen geht nun dahin, diese Nebenleistungen außerhalb des Mietpreises zu stellen, und sich extra bezahlen zu lassen. Der alte Mietpreis soll aber trotzdem bestehen bleiben und dann noch 20 Prozent zugeschlagen werden. Dieses Verfahren ist nicht angängig, da hierdurch die zulässige Höchstgrenze überschritten würde. Zum Ausgleich etwaiger Härten sind in der Verordnung noch zwei Teilmietungsparagrafen vorgesehen. Der erste ist für den Fall des Mieters. Er gibt den Einigungsämtern das Recht, im Einzelfalle den Mietpreis unter den an und für sich festgesetzten Mietzins herabzusetzen, wenn die persönlichen Verhältnisse des Mieters dies rechtfertigen. Der zweite Paragraf ist für den Fall des Vermieters. Ihm kann im Einzelfalle durch das Einigungsamt ein über den Höchstzins hinausgehender Zuschlag genehmigt werden, wenn er nachweist, daß er ohne diesen Zuschlag unverschuldet Zinsen zu zahlen müßte und außerdem, daß diese Zinsen nur durch notwendige, im letzten Jahre ausgeführte oder im bevorstehenden Jahre auszuführende

bauliche Instandsetzungsarbeiten oder durch Erhöhung der vom Hausgrundstück fest zu entrichtenden öffentlich-rechtlichen Abgaben verursacht sind. Dieser Paragraf ist wichtig. Der Vermieter muß nachweisen, daß er Zinsen zu zahlen müßte. Hierzu müssen die Verwaltungskosten, bestehend aus Hypothekenzinsen, Steuern, Gebühren, Nebenleistungen, Zinsen für eigenes Geld einwandfrei festgestellt werden. Es muß ferner nachgewiesen werden, daß die Reparaturen notwendig, wirklich ausgeführt und die angelegten Kosten tatsächlich verausgabt sind. Es ist ferner zu berücksichtigen, in wie langer Zeit der Hausbesitzer Reparaturen nicht hat vornehmen lassen, obwohl die vereinbarten Mieten zum Teil doch zur Bedeckung solcher Kosten dienen sollten. Unverschuldet Zinsen sind die weitere Bedingung. Diese liegen nicht vor, wenn der Kaufpreis oder die Belastung des Grundstückes seinen Wert übersteigt. Die Entscheidung der Frage, ob dem Vermieter auf Grund dieser Teilmietungs-Paragrafen erhöhte Zuschläge zuzubilligen sind, wird vielfach von der Beurteilung des Grundstückes abhängig sein und so werden häufig Sachverständigen-Gutachten erforderlich werden. Der Redner bespricht sodann die Anordnung über Belämpfung des Wietwuchses bei Untervermietungen von Wohnungen, einzelnen Zimmern, sowie möblierten Zimmern. Jede Untervermietung unterliegt bezüglich des Mietpreises sowie der Vergütung von Nebenleistungen aller Art seit dem 17. Dezember 1919 der Genehmigung des Gemeindevorstandes. Im Falle der Verletzung ist Beschwerde an das Einigungsamt binnen einer Woche zulässig. Die Nichtbefolgung dieser Vorschrift kann, nach einer Anordnung des Magistrats vom 11. April 1920, die auf Grund der Wohnungsmangel-Ordnung erlassen wurde, mit 1000 Mark bestraft werden. Für die Mieter heißt es nun beim nächsten Zahlungstermin: 1. Mai bei monatlicher und 1. Juli bei vierteljährlicher Zahlung: Die Augen auf und den Beutel zuzufassen und zu tun, was gesetzlich erlaubt ist. Mietzins vom 1. Juli 1914 plus 20 Prozent und nicht mehr. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wurde beschlossen, diesen formvollständigen Vortrag auszuführen, diesen formvollständigen Vortrag auszuführen, diesen formvollständigen Vortrag auszuführen. Einer in fünf bis sechs Wochen stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung soll eine Satzungsänderung und Beitragserhöhung vorgeschlagen werden.

Die 25. April. (Eindruck). In der vorigen Woche wurde in die Villa Biemarck in der Kaiserstraße nächstlicher Weise ein Einbruch verübt. Dem Täter fielen einige Kleidungsstücke und ein Florentin in die Hände. Es gelang noch nicht, seinen habhaft zu werden.

Frankfurt, 25. April. Die Kriminalpolizei nahm heute den Führer der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Ernst König aus Düsseldorf in Schutzhaft. Wie sich herausstellte, hat sich der Festgenommene den Namen König fälschlich beigelegt. In Wirklichkeit heißt er Münster und ist mit dem bekannten Kommunisten gleichen Namens aus Duisburg-Hamborn identisch.

Sport.

Erst Limburger Fußballklub 1907. Verbandsspiel der zweiten Mannschaft des F. K. L. 1907 gegen zweite Mannschaft des Sportvereins 1911 Niederlahnstein in Mellen. 1:0 (0:0) knapp, aber sicher von Limburg gewonnen. Der kleine Platz und starker Wind beeinflussten das Spiel, so daß die Ueberlegenheit Limburgs in Toren nicht zum Ausdruck kam. Die Pausenreihe und der linke Außenstürmer ragten aus Limburgs Mannschaft hervor. R. Faustball. Die erste Mannschaft der Faustballriege des Turnvereins E. B. spielte am Sonntag vor zahlreichen Zuschauern auf dem Marktplatz mit der ersten Mannschaft des Billmarer Turnvereins. Die Spielmannschaft war gleich stark. Das schon komminierte Spiel endigte mit dem Resultat 55:61 Punkte für Limburg. Das Gesellschaftsspiel der Jugendabteilung des Turnvereins E. B. mit der zweiten Mannschaft des Billmarer Turnvereins endigte mit 38:54 Punkten für Billmar.

Gerihtsjaal.

Schöffengerichtssitzung vom 23. April. In der heutigen Schöffengerichtssitzung kamen nachstehende Strafsachen zur Verhandlung: Der Kaufmann Emil G. von W. hatte einen Strafbefehl über 800 Mark Geldstrafe erhalten, weil er im Mai 1919 in S. unbefugt 37 Zentner Hafer, 12 Zentner Roggen und 9 1/2 Zentner Weizen aufgefaußt hatte, um es aus dem hiesigen Kreis auszuführen. Er erhob gegen den Strafbefehl Einspruch. Das Gericht erkennt aber auf eine höhere Strafe und Tragung der entstandenen Kosten. Der Landmann und Fuhrmann Adolf H. von A. und der Landmann Friedrich A. von A. hatten Strafbefehle von je 130 Mark Geldstrafe erhalten, weil sie im November 1919 in Niederweissen unbefugt sechs Zentner Saatweizen ohne Genehmigung aufgefaußt hatten. Auf ihre eingelegten Einsprüche erkennt das Gericht gegen A. auf 100 Mark und gegen A. auf 130 Mark Geldstrafe und Aufhebung der entstandenen Kosten. Der Müller Adolf L. und Landwirt Ewald L. von W. hatten Strafbefehle von 1000 Mark und 200 Mark Geldstrafe gekostet, weil sie Ende v. Js. in Staffell unbefugt 24 Zentner Weizen und 1 Zentner Roggen aufgefaußt hatten. Auf die eingelegten Einsprüche ermäßigt das Gericht die Geldstrafe gegen Wolf L. auf 500 Mark, und Tragung der Kosten. Der Ewald L. wurde freigesprochen. Der Bergmann Adolf S. von W. hatte sich im März d. Js. in dem hiesigen Durchgangslager als Kriegsgefangener ausgegeben und sich dabei Pflege und Beköstigung geben lassen. Er wurde am 1. April festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. In der heutigen Verhandlung ist S. geständig, noch nicht vorbestraft. Das Gericht erkennt deshalb gegen S. wegen Betrugs auf eine Woche Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchung als verbüßt gilt. Außerdem wurden ihm die Kosten auferlegt. Der Herrschaft W. H. S. von L. hatte seinen Lehrling Georg M. von L. des Diebstahls vom dem Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule ohne Entschuldigung ferngehalten. Es wurden ihm zwei polizeiliche Strafverfügungen über je 20 Mark Geldstrafe zugestellt, wogegen er Einspruch einlegte. Der Angeklagte erschien aber heute in der Verhandlung nicht und das Gericht erhöhte die Geldstrafe auf 120 Mark und legt ihm die Kosten des Verfahrens auf.

Amtlicher Teil

(Nr. 95 vom 27. April 1920.)

An die Herren Bürgermeister des Kreises Limburg und des Pfaffenwäldes. Ich erlaube um umgehende Mitteilung, welche nicht-pöblichen Personen im Gemeindebezirk vorhanden sind. (M.

tiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und dergl.) Für die Folge erlaube ich, alle neu entstehenden nicht-pöblichen Personen sofort hierher mitzuteilen, damit das Verzeichnis stets auf dem Laufenden gehalten werden kann.

Das Finanzamt. Basse.

An die Herren Bürgermeister des Kreises. In den Wochen vom 25. April bis 1. Mai und vom 2. Mai bis 8. Mai 1920 kommen im Kreise je Kopf der vorzugsberechtigten Bevölkerung für jede Woche 60 Gr. Margarine zur Verteilung. Die Abholung erfolgt wie seither bei der Firma Heinrich Trombetta in Limburg. Das Pfund Margarine kostet im Kleinverkauf 3,40 M. Limburg, den 26. April 1920. Der Vorsitzende der Kreisstelle.

Belanntmachung.

betreffend die Eintragung der Fischereirechte in das Wasserbuch (Fischereibuch). Das Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 (§. 3, 55) ist am 15. April 1917 in Kraft getreten (§. 3, 50). Gemäß § 11 dieses Gesetzes wird darauf hingewiesen, daß Fischereirechte, die nicht dem Eigentümer des Gewässers zugehen, auf Antrag des Berechtigten in das Wasserbuch (Fischereibuch) einzutragen sind; sie erlöschen mit Ablauf von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes — d. i. am 15. April 1927 —, wenn die Eintragung nicht vorher beantragt worden ist. Im Grundbuch eingetragene Rechte erlöschen nicht, darunter sind nur solche Rechte zu verstehen, die im Grundbuch des belasteten Wassergrundstücks eingetragen sind. Eintragungsfähig sind nicht nur die vollen Fischereirechte (§ 4), sondern auch die beschränkten (§§ 5, 20); nicht eintragungsfähig sind die dem Eigentümer des Gewässers zustehenden Fischereirechte (§ 7), sowie die Befugnis zum freien Fischfang (§ 6). Für die Eintragung gelten die §§ 186, 187 Abs. 1, 3, 188, 190 bis 193, 195 des Bürgergesetzbuchs vom 7. April 1913 (§. 3, 53) sinngemäß. Der Antrag auf Eintragung in das Wasserbuch (Fischereibuch) ist entweder bei der Wasserbuchbehörde (Bezirksauskunft), oder bei der Fischereibehörde (d. i. die Oberfishmeister und die Ortspolizeibehörden) — § 119 Abs. 3 — schriftlich oder zu Protokoll zu stellen. Dem Antrage sind die das Recht begründenden Urkunden beizufügen; im übrigen weise ich auf die kürzlich im Regierungs-Ansichtblatt erlassene Belanntmachung über die Eintragung von Wasserbenutzungsrechten hin, deren Bestimmungen bei Stellung von Anträgen auf Eintragung von Fischereirechten sinngemäß gelten. Zur Führung des Wasserbuchs (Fischereibuch) für den ganzen Regierungsbezirk ist der Bezirksauskunft in Wiesbaden zuständig. Wiesbaden, den 23. März 1920.

Der Vorsitzende des Bezirksauskunftes. (Wasserbuchbehörde).

N. H. C. 212/1911.

Belanntmachung.

Betrifft die Einreichung der Nachweise über Eigenbauarbeiten. (§ 799 der Reichsversicherungsordnung). Die mehrjährige Niederlage im Bauhandwerk, die jetzt vermehrte Arbeitsausführung erforderlich macht, die Verfürgung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben und namentlich in Baubetrieben, die Verlegung der verkürzten Arbeitszeit in die früheren Tagesstunden u. a. bringt es mit sich, daß nicht nur in ländlichen Gebieten, sondern auch in den Städten unbeschäftigte Handwerker, wie Maurer, Zimmerer, Weichenbauer, Dachdecker usw. nach Beendigung ihrer Arbeit im Betriebe ihrer Meister ihre freie Zeit dazu ausnützen, am Bauarbeiten ihres Faches für direkte — private — Auftraggeber auszuführen. Als Unternehmer solcher Arbeitsausführungen im Sinne der Reichsversicherungsordnung — § 799 gilt der Auftraggeber, der Bauherr, für dessen Rechnung die Arbeitsausführung geschieht, nicht der Arbeiter. Er hat als solcher die durch die Reichsversicherungsordnung gegebenen Pflichten zu erfüllen. Handelt er vielfach im guten Glauben, seine Bauarbeit auf diese Weise billiger ausgeführt zu erhalten, so läßt er andererseits, umwiegend oder absichtlich, die Erfüllung der dem Unternehmer von Bauarbeiten ausführenden obliegenden reichsgesetzlichen Pflichten, z. B. die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zum Schutze der beschäftigten Bauarbeiter, die rechtzeitige und ordnungsmäßige Einreichung des vorgeschriebenen Nachweises über die beschäftigten Arbeiter, deren Löhne usw. außer acht. (§ 799 RVO.) Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Ausführung von Bauarbeiten unter Umgehung eines selbständigen Bauhandwerkers, der mit seinem Betrieb Mitglied der Berufsgenossenschaft ist und seine Beiträge zur Berufsgenossenschaft zahlt, durch die Entwendung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhand nimmt, daß aber die Abgabe des vorgeschriebenen Nachweises über die für Rechnung des Auftraggebers sich vollziehenden Bauarbeiten überhaupt nicht oder nur unregelmäßig geschieht und absichtlich oft solange unterbleibt, bis die Berufsgenossenschaft von der Arbeitsausführung Kenntnis erlangt hat und ihrerseits den Einzug des fälligen Nachweises in die Wege leitet. Die Mahnung der Berufsgenossenschaft muß sich solchenfalls auf den Einzug des Nachweises und der Prämien beschränken, dem wichtigen Arbeitsschutz, der Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften kann dagegen die Aufmerksamkeit nicht mehr gewidmet werden, die ihm bei rechtzeitiger Kenntnis der Bauarbeit und der Ueberwachung derselben durch technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft gewidmet worden wäre. Der Unternehmer der Bauarbeit bleibt dessen ungeachtet aber verantwortlich für festzustellende Verfehlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften (§ 851 RVO.) und für den Fall fahrlässiger Verschuldung von Unfällen (§§ 903 fg. RVO.). Im Interesse der Auftraggeber, welche Bauarbeiten im Eigenbetrieb für eigene Rechnung ausführen lassen, einerseits und der Berufsgenossenschaft bzw. ihrer Zweiganstalt, der Trägerin der reichsgesetzlichen Unfallversicherung von Eigenbauarbeiten andererseits erscheint es uns deshalb empfehlenswert, die Ausführung von Eigenbauarbeiten und die Einreichung der Nachweise über dieselben mit besonderer Aufmerksamkeit überwachen zu lassen.

Ich mache daher die Unternehmer von Eigenbauarbeiten auf ihre Pflicht zur Einreichung der Nachweise über die selben, die dabei beschäftigten Personen und die ausgezahlten Löhne und zur Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften der Bauwerksberufsgenossenschaften aufmerksam und erlaube gleichzeitig die Herren Bürgermeister, die Ueberwachung und den Einzug der Eigenbau-Nachweise gemäß § 799 der RVO. sich angelegen sein zu lassen. Limburg, den 20. April 1920. Versicherungsamt des Kreises Limburg.

Linchen Neupert

Oskar Horn

VERLOBTE.

Pirmasens

Kirberg

April 1920.

7(95)

Für die uns anlässlich unserer

Silberhochzeit

erwiesenen Aufmerksamkeiten, besonders für die so zahlreichen Blumenspenden, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Peter Josef Wirth und Frau Helena

9(95)

geb. Fachinger.

Limburg, den 26. April 1920

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Verkauf von Speisemöhren.

Am Mittwoch den 28. d. Mts. findet in der Hofmarktschule letzimaliger Verkauf von Speisemöhren, das Pfund zu 30 Pfg., statt. Verkaufszeit 2—4½ Uhr nachmittags.

Städtisches Lebensmittelamt.

Ausgabe von Petroleum.

Auf Abschnitt Nr. 6 der Petroleumkarte kommen in den Geschäften J. Höfer, Brückenstraße, L. Lang, Grabenstraße, Schade & Hüllgrabe, Frankfurterstraße, Chr. Schäfer, Blöge, D. Ohlenhäger, Diezstraße 1½, Peter Petroleum zum Preise von Mk. 3.20 per Liter zur Ausgabe.

Limburg, den 26. April 1920.

10(95)

Städtisches Lebensmittelamt.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Dietrichsener Dolomitswerke“ zu Limburg ist aufgelöst. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche bei mir als Liquidator anzumelden.

3(95)

Walter Schulze, Nordhausen a. S., Grimmel-Allee 47.

Deutsche Kolonialgesellschaft

(Abtlg. Limburg).

Dienstag, 27. April, abends 8 Uhr in der „Alten Post“

10(94)

Vortrag des Herrn Dr. Lau, Bad Wildungen

„Kultur und Kultus in China“

mit Lichtbildern und Grammophonvorführungen.

Eintritt für Mitglieder frei, Nichtmitglieder 50 Pfg., Schüler 25 Pfg. Militär vom Feldwebel abwärts frei.

Ziegenzuchtverein Limburg.

Mittwoch den 28. April, abends 8 Uhr:

Jahresversammlung

bei Gastwirt Schittenhelm. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

2(95)

Der Vorstand.

Unternehmer

mit ca. 50—100 Holzarbeitern

zur Abholzung, Lohen und Anarbeiten von großen Fichtenwäldungen bei Westerburg (Westerwald) für die bevorstehende Holzzeit gesucht. Eventl. kann die anfallende Fichtenrinde (10—15000 Zentner) übernommen werden.

Angebote an

6(95)

Ernst Schäfer, Holzhandlung, Bonn.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kotosbeisen, Kotosmatten, Roßhaarbeisen, Handieger,

Ia. Scheuertücher, Fensterleder,

Haftabast billigst

en gros J. Schupp, Seilerei. en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. —

7(2)

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 10 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unsern treusorgenden Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Wilhelm Kremer

im Hospital zu Camberg nach schwerem Leiden, wohl vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente, im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Wilh. Kremer und Kinder.

Niederbrechen, den 26. April 1920.

(Brückenmühle)

12(95)

Das Exequienamt findet Donnerstag, den 29. April, morgens 6 Uhr in der Pfarrkirche zu Niederbrechen statt; hierauf erfolgt die Beerdigung von Luisenstr. Nr. 7 aus.

Trauer-Kleider

werden innerhalb 24 Stunden gefärbt.

8(95)

Färberei Bender, Limburg a. d. L. - Tel. 88.

Annahmestelle Neumarkt.

„Alte Post“

Mittwoch, den 28. April 1920, abends 8 Uhr:

Gastspiel des Giessener Stadt-Theaters

„Kindertragödie“

Schauspiel in 3 Aufzügen von Karl Schönherr.

(Es sei besonders darauf hingewiesen, dass die Vorstellung in der Giessener Original-Besetzung stattfindet.)

14(94)

Preise der Plätze:

Sperrsitz (num.) Mk. 4 —, I. Platz Mk. 3 —, II. Platz Mk. 2 — in der Buchhandlung Herz.

Frauenhaar

kauft

W. Schneider, Untere Grabenstraße 27,

gegenüber Glaser & Schmidt,

Telefon 390.

4(86)

In Limburg

Immobil mit groß. Parterre-Räumlichkeiten

in günstiger Geschäftslage baldigst zu mieten eventl. zu kaufen gesucht. Schriftl. Angebote unter Nr. 195 an die Expedition d. Bl.

Deutsche Warte

Hausstätten

Bodenwucher

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

(der bekanntlich von Männern und Frauen aller Parteien als Kandidat für die

Reichspräsidentenschaft

aufgestellt ist)

Mk. 3.50 monatlich

zusätzlich 35 Pfg. Beilagen

(mit 6 Beilagen wöchentlich)

18(91)

Verlag der Deutschen Warte,

Berlin 829 6.

Für Kranke!

E. Mecher, Homöopath und Magnetiseur, Limburg a. L., Dlozerstr. 24. Sprechst. 8—12 und 1—4. Sonntags bis mittags. Bei Anfragen von auswärt. Rückporto.

4 Monate alter

Hund

(Abst. Deutscher Schäferhund) sehr wachsam und scharf, zu verkaufen bei

Bürgermeister Heckelmann

in Gerdingen

(Post Dahnstädt).

Doppelspänner-Wagen

zu verkaufen.

Jos. Ad. Thomas,

Schmiedemeister.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten und Kupferdruck-Beilage Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis: Ausgabe A (mit Post-Anzeigen): monatl. Mk. 6.—, vierteljährl. Mk. 18.— Ausgabe B (ohne Post-Anzeigen): monatl. Mk. 5.—, vierteljährl. Mk. 15.— Probenummern kosten n. portofrei.

Weit über 150000 Abonnenten.

:: Zur Beachtung. ::

Es sei wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass wir in den Fällen von telefonisch an uns übermittelten Anzeigen keinerlei Haftung für die Richtigkeit des Textes übernehmen können.

Die Geschäftsstelle des Limb. Anzeiger.